5. Genehmigung der Eigentümerstrategie für die Opernhaus Zürich AG
Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 13. Januar 2026
Vorlage 6042

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Eintreten auf diese Vorlage ist gemäss Paragraf 89 litera d des Kantonsratsgesetzes obligatorisch.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Gemäss den PCG-Richtlinien *(Richtlinien über die Public Corporate Governance)* hat der Regierungsrat für alle wichtigen Beteiligungen eine Eigentümerstrategie vorzulegen. Im vorliegenden Fall legt sie die regierungsrätlichen Erwartungen an das Opernhaus fest. Bei dieser Eigentümerstrategie werden die strategischen Ziele aus der Eigentümerstrategie vom Jahr 2018 unverändert übernommen. Die Positionierung als Musiktheater und Ballett von herausragender Qualität mit internationaler Ausstrahlung ergibt sich bereits aus dem Opernhausgesetz. Das Opernhaus soll zudem ein nach wirtschaftlichen Kriterien geführtes, nicht gewinnorientiertes Unternehmen sein, das dem künstlerischen Erfolg verpflichtet ist. Es muss einen angemessenen Teil seiner Ausgaben mit Vorstellungseinnahmen, Drittmitteln und Erträgen aus betriebsnahen Tätigkeiten decken und einem breiten Publikum zugänglich sein. Des Weiteren werden Erwartungen hinsichtlich Personal, Kommunikation und Kooperation, Finanzen, Infrastruktur und neu auch Klimazielen formuliert. Das Opernhaus soll eine Klimastrategie, ein Monitoring und einen Massnahmenplan erarbeiten und so einen Beitrag zur Erreichung der kantonalen Klimaziele leisten.
Zur Umsetzung: Der Regierungsrat ernennt die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder, konkret sechs von elf Personen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt über den Einsitz der Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern, über eine frühzeitige Information der Direktion über besondere Vorkommnisse zuhanden des Regierungsrates und über eine jährliche Berichterstattung über die Erfüllung der Eigentümerstrategie.
Die Massnahmen, die aufgrund der neu eingeführten Vorgaben nötig werden, werden in der Leistungsvereinbarung verankert. Die KBIK beantragt Ihnen mit 11 zu 4 Stimmen, die Eigentümerstrategie des Opernhauses zu genehmigen. Sie erachtet diese als zweckmässig und zukunftsweisend. Eine Kommissionsminderheit lehnt die Genehmigung ab, stellt aber keinen entsprechenden Antrag dazu. Für sie gehören die Klimaziele nicht in diese Eigentümerstrategie, und generell kritisiert sie den zu hohen Aufwand für das Opernhaus. Vielen Dank, wenn Sie dem Mehrheitsantrag der KBIK zustimmen.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Mit diesem Traktandum befassen wir uns mit der Anpassung der Eigentümerstrategie des Opernhauses Zürich. Die vorgeschlagene Änderung betrifft besonders zwei Bereiche: Einerseits sollen die Klimaziele

neu formuliert und an diejenigen der Baudirektion angepasst werden, andererseits sollen der Diskriminierungsschutz des Personals sowie eine ausgewogene Geschlechtervertretung in der strategischen, operativen und künstlerischen Leitung ausdrücklich in der Eigentümerstrategie verankert werden. Wir sind der Auffassung, dass ambitionierte Klimaziele nicht in eine Eigentümerstrategie gehören.
Eine Eigentümerstrategie soll die langfristige Ausrichtung und die unternehmerischen Ziele einer Institution festlegen. Sie ist jedoch nicht das geeignete Instrument, um politische Zielsetzungen im Bereich der Klimapolitik zu verankern. Zudem nehmen wir diese Vorlage gerne zum Anlass, auf die aus unserer Sicht unverändert hohen Aufwände des Opernhauses hinzuweisen. Das Opernhaus enthält bereits jetzt erhebliche kantonale Beiträge. Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob jährlich tatsächlich zwölf Eigenproduktionen notwendig sind. Hier erwarten wir mehr Kostenbewusstsein und eine stärkere Konzentration auf den Kernauftrag. Aus diesen Gründen lehnt die SVP/EDU-Fraktion die Eigentümerstrategie ab.

Lejla Salihu (SP, Winkel): «Oper ist von allem zu viel: Emotion, Klang, Bilder und Geschichten. Und genau darin liegt ihre Kraft.» Dieses Zitat des neuen Intendanten Matthias Schulz beschreibt die Oper, und es erklärt auch, weshalb wir heute nicht einfach über ein Papier zur Eigentümerstrategie sprechen. Wir sprechen über ein Haus, das künstlerisch frei sein muss und zugleich öffentlich getragen wird. Genau in diesem Spannungsfeld liegt die Aufgabe des Kantons, nicht in den Spielplan hineinzuregieren, aber Verantwortung wahrzunehmen.
Die vorliegende Eigentümerstrategie tut genau das. Sie hält fest: Das Opernhaus Zürich soll national und international ausstrahlen – was es auch tut. Wenn ich nur einige Beispiele nennen darf: beste Wiederentdeckung 2025, Uraufführung des Jahres 2023 oder bestes internationales Opernhaus für die Spielzeit 2018/19, allesamt mit dem internationalen «Oper! Award» ausgezeichnet. Unser Opernhaus soll innovativ, vielseitig und qualitativ hochstehend sein, es soll zeitgenössische Musik berücksichtigen, den künstlerischen Nachwuchs fördern und wirtschaftlich sorgfältig geführt werden. Aber es soll eben auch unser Opernhaus sein und sein Angebot einer breiten Bevölkerung zugänglich machen. Für uns als SP ist dieser Punkt zentral. Öffentliche Kulturförderung darf nicht bedeuten: Spitzenkultur für wenige. Sie muss bedeuten: hohe Qualität, offene Türen und echte Vermittlung. Deshalb sind Preisgestaltung, Schulangebote, Kinderopern, kostenlose Werkeinführungen und Führungen hinter den Kulissen nicht nette Beilagen, sie sind der demokratische Kern einer öffentlich mitgetragenen Kulturinstitution. Und wenn das Opernhaus mit «Opernhaus für alle» seine Kunst auf den Sechseläutenplatz hinausträgt, dann zeigt sich genau dieser Anspruch. Nicht die Menschen müssen zur Hochkultur finden, die Hochkultur muss auch zu den Menschen gehen.
Die Eigentümerstrategie wird auch dort konkreter, wo öffentliche Institutionen heute klare Verantwortung tragen. Das Opernhaus soll sich gegen Diskriminierung einsetzen und eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in der strategischen, operativen und künstlerischen Leitung sowie eine Klimastrategie mit

Monitoring und Massnahmenplan umsetzen. Das ist uns wichtig. Gerade weil das Opernhaus künstlerische Freiheit braucht, braucht es auf der anderen Seite transparente Strukturen, klare Erwartungen und eine verlässliche öffentliche Verantwortung. Die SP unterstützt diese Eigentümerstrategie. Denn ein Opernhaus, das von der Öffentlichkeit getragen wird, muss mehr können als grosse Kunst, es muss Türen öffnen. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion unterstützt die vorliegende Eigentümerstrategie für das Opernhaus Zürich. Das Opernhaus ist eine der bedeutendsten Kulturinstitutionen unseres Kantons und strahlt weit über Zürich hinaus. Entsprechend wichtig ist es, dass der Kanton klare strategische Ziele formuliert und gleichzeitig die notwendige unternehmerische und künstlerische Freiheit gewährleistet. Der grösste Teil der Punkte der Eigentümerstrategie ist dem Opernhausgesetz bereits zu entnehmen.
Für die FDP ist dabei zentral: Die Politik soll den Rahmen setzen, aber nicht zum künstlerischen Programmchef werden. Die FDP dankt deshalb auch insbesondere dem Opernhaus für die hohe Zahl an Drittmitteln, die es einnimmt, und für die transparente Berichterstattung über Besucherzahlen und Auslastung. Dass nun in der Eigentümerstrategie auch ein Monitoring und ein Massnahmenplan bezüglich der Klimastrategie des Kantons enthalten sind, wurde in der FDP ebenfalls diskutiert. Man muss hier allerdings sehen, dass gerade Renovationen in der Regel tiefere Energiekosten nach sich ziehen und nicht nur Kosten generieren, sondern eine nachhaltige Investition sind. Deshalb ist da ein Monitoring sicher zu begrüssen. Die vorliegende Eigentümerstrategie schafft damit aus Sicht der FDP-Fraktion eine gute Balance zwischen öffentlichem Auftrag, künstlerischer Freiheit und wirtschaftlicher Verantwortung. Wir genehmigen diese Strategie.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Wir genehmigen heute erstmals eine Eignerstrategie zur Beteiligung an der Opernhaus Zürich Aktiengesellschaft. Etwas speziell, dieses Geschäft; es muss besonders begründet werden, um überhaupt vorgelegt zu werden. Die PCG-Richtlinien des Kantons sehen nicht vor, dass für Beteiligungen unter 30 Prozent Aktienkapital eine Eignerstrategie erstellt wird. Es ist aber nicht falsch, dies als Gelegenheit zu benutzen, um zur Entwicklung der Opernhaus Zürich Aktiengesellschaft und der damit verbundenen Bedeutung der staatlichen Beteiligung politisch Stellung zu nehmen. Immerhin bestellt der Staat Zürich die Mehrheit im Verwaltungsrat der Opernhaus AG.
Die finanzielle Zürcher Beteiligung an der Opernhaus AG ist nicht nur staatlich, sie ist auch stattlich, also kraftvoll, und angesichts der Zahlen imposant. Es ist transparent – und das ist schon einmal ein Lob wert –, wie viel kantonales Geld aus dem vorhandenen Kuchen mittels Kulturbeiträgen in diese privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft fliesst – eine Rechtsform also, die sich ihre Gewinnorientierung saftig mit kantonalen Geldern alimentieren lässt. Schauen wir in die eindrückliche Abbildung des jährlich erscheinenden Kulturberichts. Rund 50 Prozent aller kantonalen Kultursubventionen fliessen allein in die Opernhaus Zürich

AG und somit auch in den Standort Stadt Zürich. Ein weiteres Viertel fliesst über den Zentrumslastenausgleich, wir haben es heute Morgen schon gehört, ebenso in die Stadt Zürich. Am noch verbleibenden Viertel der kantonalen Kulturbeiträge partizipieren dann noch alle anderen Trägerschaften und die restlichen 159 der 160 Zürcher Gemeinden. In die sogenannte Kulturstadt Winterthur fliessen so bescheidene 3,3 Prozent der so ausgewiesenen Beiträge.
Angesichts dieser Zahlen und des Wissens um den Eisberg in Form eines neu gebackenen Fleischkäses *(Spitzname des Erweiterungsbaus des Opernhauses)*, der in der Warteschlange für die kommende Legislatur auf einen geeigneten finanzpolitischen Slot zur Landung im Kantonsrat wartet, wirkt die vorliegende Eignerstrategie fast schon verdächtig bescheiden. Die vorgelegte Eignerstrategie ist aus Sicht der Grünliberalen Fraktion durchaus in Ordnung und kann mit gutem Gewissen genehmigt werden. Wir leuchten jedoch schon einmal den weiteren Weg aus und warnen davor, die Genehmigung der Strategie als politischen Freipass zur weiteren unfairen Mittelverteilung der Zürcher Kulturbeiträge und zum am Horizont erkennbaren Investitionsbeitrag für einen fast milliardenteuren Neubau des Fleischkäses zu verstehen. Immerhin gehen mit der nun vorliegenden Vorlage in der Weisung ausgedruckte Erwartungen an den Verwaltungsrat einher, neben einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter auf allen Ebenen auch eine Investitionsplanung durch die Opernhaus Zürich AG zu implementieren. Dass eine Investitionsplanung erst mit dieser Strategie mit eingefordert und transportiert werden muss, obwohl der Kanton die Mehrheit im Verwaltungsrat stellt, spricht Bände und erstaunt, wäre doch eine Investitionsplanung für eine privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft eine Selbstverständlichkeit. Offenbar soll nicht nur der Betrieb dieser AG massiv subventioniert werden, sondern auch die von ihr erträumten hochtrabenden Investitionen.
Die in der Strategie implementierten ökologischen Ziele übrigens begrüssen wir selbstverständlich. Diese müssten sich dann auch auf die graue Energie bestehender Gebäude auswirken. Der Appetit auf einen neu und heiss gebackenen Fleischkäse, der hochtemperaturmässig im Ofen gebacken und vergoldet werden muss, steht quer zu diesen ökologischen und finanziellen Zielen der Eignerstrategie. Bezeichnenderweise gehört es ebenso zu den ausgedruckten Erwartungen dieser Strategie, dass das Opernhaus eine ausgeglichene Rechnung anstrebt. Wie diese Aktiengesellschaft dies erfüllen soll, das bleibt das Rätsel dieser Vorlage. Nichtsdestotrotz verdanken und genehmigen wir die gut ausgearbeitete und adäquat eingebettete Eignerstrategie und sind vorsorglich gespannt auf die kommenden Vorlagen aus diesem vom Kanton im Verwaltungsrat dominierten Haus.

Sabine Arnold (Grüne, Zürich): Ich verlese das Votum von Wilma Willi, die momentan mit den Sechstklässlern aus Regensdorf spricht:
Das Opernhaus Zürich ist die grösste Kulturinstitution der Schweiz und zählt zu den produktivsten Bühnen Europas. Wie wichtig das Opernhaus für unseren Kanton ist, das zeigt sich auch an der Vielzahl von Rechtsgrundlagen, die die Leistungsvereinbarung, die strategischen Ziele, die Vertretungsverhältnisse sowie die

Berichterstattung regeln. Der Regierungsrat hat das Opernhaus als bedeutende Beteiligung eingestuft. Der Kanton ernennt zudem die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates. Es ist daher Aufgabe des Kantonsrates, die Eigentümerstrategie zu genehmigen. Diese ist zweckmässig in vier Kapitel gegliedert: «Strategische Ziele des Kantons für das Opernhaus», «Erwartungen an das Opernhaus», «Vertretung des Kantons», «Beteiligungscontrolling». Die Auflistung und die Vorgaben sind ausführlich und zielführend.
Die Aufgaben des Opernhauses sind in Paragraf 1 des Opernhausgesetzes klar festgelegt. Gerade diese vielfältigen Tätigkeiten, darunter nicht nur die Aufführung von Musik, Theater und Ballett, sondern auch die Führung eines Orchesters, eines Sängerinnen-und-Sänger-Ensembles, eines Chors und eines Balletts – ich glaube, das hatten wir schon – sowie vor allem die Förderung des künstlerischen Nachwuchses, tragen wesentlich zum nationalen und internationalen Erfolg des Opernhauses bei. Dass in der Eigentümerstrategie im Kapitel «Erwartungen» die Klimaziele des Kantons aufgenommen sowie ein Monitoring und ein Massnahmenplan vorgesehen wurden, begrüssen wir Grünen natürlich ausdrücklich und wir danken dem Regierungsrat dafür. Das Opernhaus ist eine aussergewöhnliche Institution, das bestätigt Wilma Willi gerne als langjährige Abonnentin – ich bin leider keine Abonnentin. Es bietet innovative, vielseitige und qualitativ hochstehende Opern- und Ballettaufführungen, absolut einmalig. Darauf dürfen wir im Kanton Zürich stolz sein. Dafür dankt Wilma Willi allen Beteiligten, auch im Namen unserer Fraktion. Die Grüne Fraktion stimmt der Eigentümerstrategie zu und beantragt Ihnen, diese ebenfalls zu genehmigen.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich): Die Alternative Linke genehmigt die vorliegende Eigentümerinnen- und Eigentümerstrategie für das Opernhaus. Es ist richtig und wichtig, dass die grösste öffentliche Musikinstitution der Schweiz eine klare strategische Grundlage besitzt. Wir begrüssen ausdrücklich, dass die neue Fassung Themen wie Klimaziele, Diskriminierungsschutz und eine gerechte Geschlechtervertretung in den internen Organen aufnimmt. Das Opernhaus ist nicht einfach irgendein Betrieb, es gehört zu den grössten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern im Kanton und prägt den Kulturbereich weit über seine eigenen Mauern hinaus.
Wer eine solche Stellung innehat, hat auch eine Vorbildfunktion. Umso weniger verstehen wir die Aufregung der Minderheit. Ja, selbstverständlich ist es in gewisser Weise redundant, bereits beschlossene Klima- oder Gleichberechtigungsziele nochmals in einer Eigentümerinnen- und Eigentümerstrategie einer Institution zu erwähnen. Das Opernhaus steht schliesslich im Kanton Zürich, gehört dem Kanton Zürich und ist selbstverständlich der Zürcher Verfassung verpflichtet. Diese Doppelerwähnung ist aber genau der Preis, den man zahlen muss, wenn man öffentliche Institutionen auslagert und sie anschliessend mit möglichst grossem Sicherheitsabstand steuern möchte. Dann braucht es eben Strategie, Zielvereinbarungen und manchmal auch Wiederholungen. Und, ehrlich gesagt, es gibt deutlich Schlimmeres, als Ziele zweimal aufzuschreiben. Manche Dinge müssen

im Leben wiederholt werden, insbesondere dann, wenn sie wichtig sind. Demokratie lebt schliesslich auch davon, dass wir uns immer wieder an Wichtiges erinnern.
Auch die inhaltliche Empörung erschliesst sich uns nicht. Das Opernhaus verpflichtet sich hier zu nichts Revolutionärem, es übernimmt lediglich Ziele, die dieses Parlament und die Bevölkerung längst demokratisch beschlossen haben, keinen Millimeter mehr oder, wenn wir schon beim Opernhaus sind, keinen Ton weiter. Gerade hier setzt unsere Kritik ein: Aus unserer Sicht sind die eingefügten Ziele zwar richtig, aus den Kommissionsunterlagen wird aber nicht ganz klar, wie und vor allem bis wann das Opernhaus diese erreichen will. Gerne hätten wir entsprechende Fragen in der Kommission gestellt, doch bekanntermassen sind wir in der KBIK nicht vertreten, weshalb wir diese Chance nicht hatten. Darum können wir heute nur nüchtern festhalten, dass, wer immer nur Mindestziele ohne klaren Umsetzungsplan übernimmt, nie zum Vorbild werden wird.
Schliesslich vermisst die AL ein Thema, das in der Kulturpolitik viel zu oft hinter dem roten Vorhang verschwindet: die Arbeitsbedingungen des Personals. Wir alle wissen, dass die Kulturwelt bei den Löhnen extrem polarisiert ist. Auf der einen Seite stehen Spitzenverdienste, auf der anderen Seite arbeiten Musikerinnen und Musiker, Handwerkerinnen und Handwerker, Technikerinnen und Techniker sowie viele weitere Kulturschaffende unter prekärsten Bedingungen. Während der Bund und die Stadt Zürich begonnen haben, hier Gegensteuer zu geben und faire Arbeitsbedingungen stärker einzufordern, bleibt die Eigentümerinnen- und Eigentümerstrategie des Opernhauses in diesem Punkt erstaunlich zurückhaltend. Gerade von einer Institution, die mit öffentlichen Geldern arbeitet und eine so grosse Ausstrahlung besitzt, erwarten wir jedoch in diesem Bereich mehr Mut und mehr Verantwortung. Wir hoffen deshalb, dass dieser Aspekt zentraler Diskussionsgegenstand der nächsten Revision der Eigentümerinnen- und Eigentümerstrategie werden wird. Wir wollen nicht nur eine Kunst, die uns ordentlich belebt, sondern auch Kunstschaffende, die auch ordentlich leben können. Bis dieser Augenblick kommt, stimmen wir der Vorlage zu.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich möchte gerne einige Repliken auf die einzelnen Sprecher und Sprecherinnen machen.
An die SP: Künstlerische Freiheit soll gegeben sein, da bin ich einverstanden. Muss es aber so viel kosten? Meiner Meinung nach nein. Zu den «Oper! Awards»-Auszeichnungen: Diese Auszeichnung wird in erster Linie von den Gleichen verliehen, die sie bekommen – kennen wir auch in anderen Branchen. In dieser Eigentümerstrategie werden Kosten verursacht, die nichts mit dem Inhalt der Oper zu tun haben, so zum Beispiel die Verankerung, die Wiederholung der Klimapolitik.
An die FDP: Man könnte meinen, dass ihr hier Klientelpolitik betreibt. Und ein Weiteres an die FDP: Das Opernhaus tätigt übrigens schon lange Investitionen in Kostensenkungsmassnahmen in Sachen Strom, Lüftung und all dessen, was da im

Bereich Klimapolitik eigentlich verlangt wird, ohne dass man darauf hinweisen muss. Redet doch einfach mit den Verantwortlichen – wir haben es getan.
Die GLP hat gut argumentiert; aber schade, dass sie uns nicht unterstützt.
An die Grünen: Produktiv ist nicht gleich produktiv. «Produktiv» wird häufig mit «beschäftigt» verwechselt, und das ist hier der Fall.
An die AL: Demokratie heisst, andere Meinungen zu akzeptieren und nicht zu negieren und die eigene Meinung nicht als einzige Wahrheit zu nehmen, so wie wir das vorher gehört haben.
Danke, sagt Nein.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Rochus, das war jetzt schon sehr despektierlich, einen Kunstbetrieb als Ort zu bezeichnen, an dem man Leute eigentlich hauptsächlich beschäftigt. Ich glaube nicht, dass das Opernhaus der Ort ist, wo das so ist. Und auch die Saläre sind die meisten nicht so am Opernhaus, und häufig arbeiten die Menschen dort auch räumlich unter prekären Bedingungen, das wissen wir alle. Und jetzt einfach zu sagen, das sei eine Beschäftigungstherapie, dies, finde ich schon, wird der Sache nicht wirklich gerecht. Also, ich finde das eigentlich unhöflich.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Herzlichen Dank für diese Debatte. Es ist so: Streng rechtlich wäre es nicht notwendig, eine Eigentümerstrategie zu erlassen. Da die Oper jedoch ein spezielles Konstrukt mit einer geringen Aktienbeteiligung, aber einem hohen finanziellen Beitrag und einer starken Vertretung im Verwaltungsrat ist, waren wir gleichwohl der Meinung, dass es Sinn machen könnte. Mehr Transparenz schadet nie, und die Eigentümerstrategie ermöglicht es trotzdem auch, in relevanten Bereichen klare Vorgaben zu machen. Sie haben sie erwähnt: die Klimaziele und die Gleichstellung. Ich habe hierzu, nicht überraschend, eine etwas andere Haltung als die SVP. Ich bin nicht der Meinung, dass wir irgendwo in einem Papier Klimaziele oder Gleichstellungsvorgaben verabschieden und dann so tun sollen, als ob das im Konkreten keine Bedeutung habe. Wenn wir diese Ziele tatsächlich erreichen wollen und sie nicht einfach toter Buchstabe bleiben sollen, dann müssen wir sie eben genau dort verankern, wo wir auch Einfluss haben; es muss real werden. Und ein Opernhaus ist nun mal ein grosser Betrieb, und selbstverständlich haben wir dort die Chance, einen Beitrag zu leisten, indem wir diese von uns allen beschlossenen Klimaziele auch dort verankern, damit sie dort umgesetzt werden. Das sind nicht zwei getrennte Welten, und dieser Auftrag ist nun festgeschrieben.
Vielleicht noch zwei Missverständnisse, auf die ich hinweisen möchte: Es gibt nicht erst mit dieser Eigentümerstrategie eine Investitionsstrategie. Die Investitionsstrategie gibt es schon lange, und sie wird der KBIK auch in regelmässigen Abständen präsentiert, weil eben das Haus strategisch auch ohne Eigentümerstrategie sehr solide geführt wird und auch diese Perspektiven immer klar im Zentrum stehen. Und das Opernhaus, mit Verlaub, ist auch keine stadtzürcherische Kultureinrichtung. Dies allein schon deshalb, weil man wahrscheinlich von vielen

Adressen in Winterthur aus schneller im Opernhaus ist als von vielen Adressen in der Stadt Zürich. Also, diese Wege sind dank der S-Bahn ja nicht mehr an Postleitzahlen gebunden, sondern die Dauer der Wege hängt sehr wohl davon ab, wie die Verkehrsverbindungen sind. Und auch deshalb trägt ja der Kanton die Verantwortung für das Opernhaus und nicht die Stadt Zürich. Das ist ein Entscheid, den man Mitte der Neunzigerjahre so getroffen hat.
Eine Bemerkung noch zu den Arbeitsbedingungen: Ja, das Opernhaus ist im Wesentlichen, das mag etwas überraschen, ein Handwerksbetrieb. Zum wesentlichen Teil sind seine 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schneiderinnen, Schreiner, Bühnenbauerinnen oder etwa Hutmacher. Und diese Löhne sind nicht hoch. Auch die Löhne der Companies, also des Corps, der Ballettcompagnie, sind nicht hoch. Hoch sind dann die Saläre von Stars, die für einzelne Vorstellungen eingeflogen werden. Gleichzeitig hat das Opernhaus eine sehr starke Personalvertretung, die auch im Verwaltungsrat sitzt – immer – und auch innerhalb des Opernhauses eine sehr starke Rolle hat. Dies führt auch dazu, dass der Frage der Arbeitsbedingungen eine sehr hohe Aufmerksamkeit gewidmet wird und die Tarifverträge im Opernhaus nicht … – also weit weg von luxuriös sind, aber doch deutlich über dem liegen, was in der freien Szene verdient wird. Insofern ist dieses Anliegen adressiert, und es ist auch dem ganzen Verwaltungsrat sehr wichtig.
Und wir führen hier noch keine Debatte über das Projekt «Zukunft Oper», also die ganze Fleischkäse-Debatte. Diese kommt dann in der nächsten Legislatur. Ich denke, es lohnt sich einfach, bevor man sich hierzu schon Meinungen bildet, sich wirklich solide und seriös mit dem Projekt, mit den Vorstellungen und mit der Vorgehensweise vertraut zu machen. Die GLP hat ja neuerdings eine ganz spezielle Chance, indem ihre Ständerätin *(Tiana Moser)* Mitglied des Verwaltungsrates ist und damit die Wege sehr kurz sein dürften.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

I. und II.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.